

Die Verschuldung des Landes Bremen und Handlungsmöglichkeiten

Vortrag bei der Langen Nacht des Geldes
am 02.03.2012

Bürgermeisterin Karoline Linnert

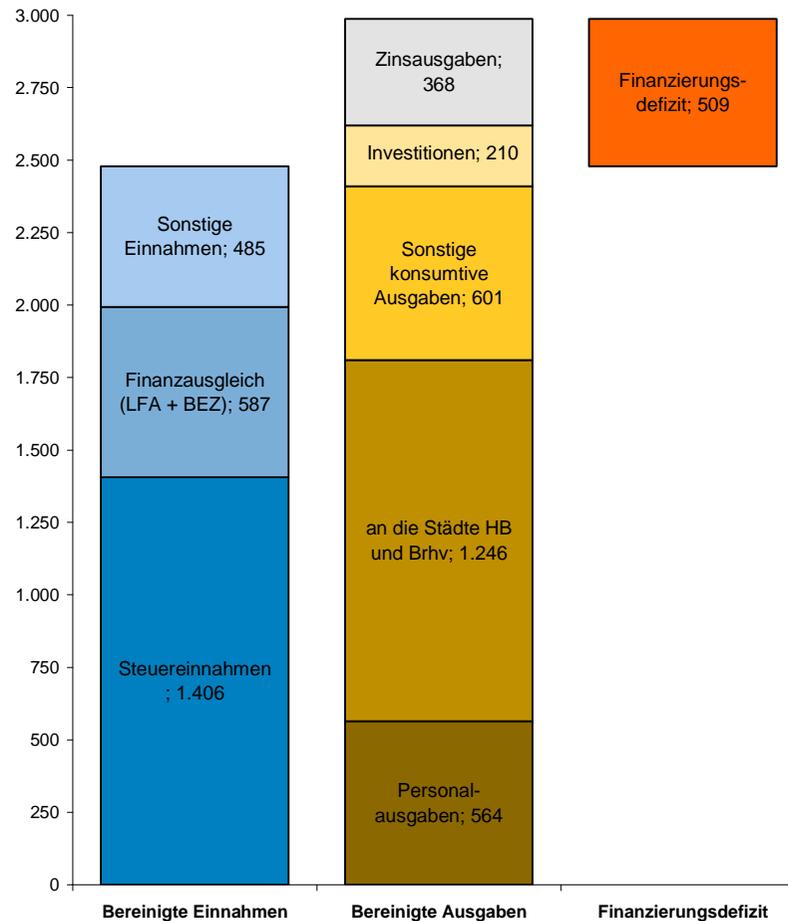
Übersicht

- Gründe für die extreme Verschuldung Bremens
- Aktuelle Situation
- Konsolidierungspotenziale
- Vergleichende Gegenüberstellung
- Notwendige Konsolidierung der Haushalte der FHB
- Schuldenstand
- Fazit

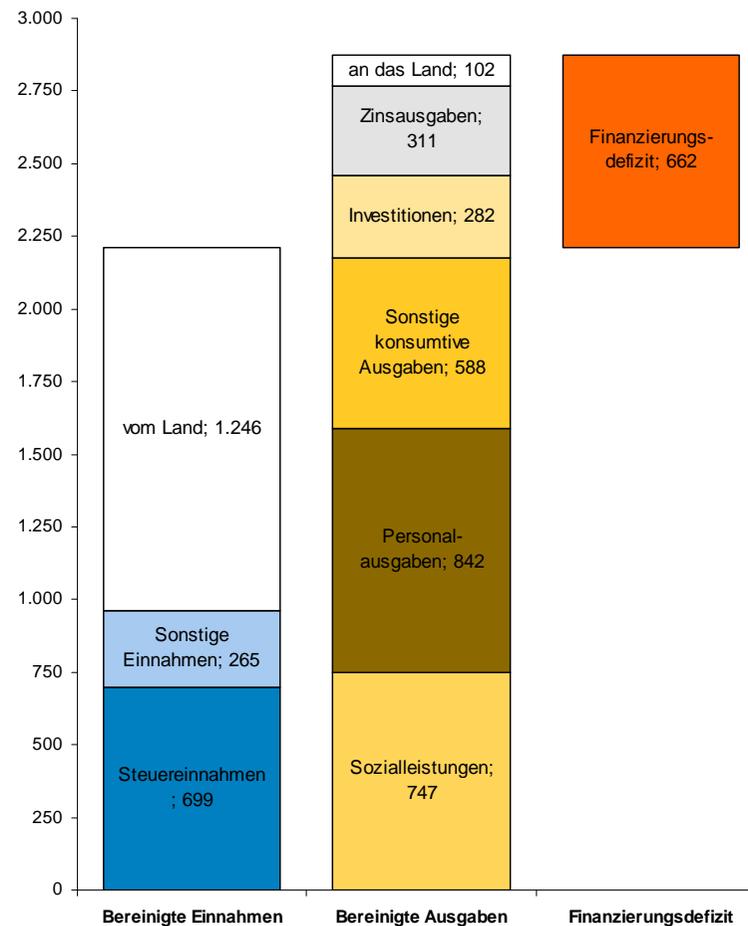
Bilanz der Bremischen Haushalte

Anschlag 2011, in Mio. €

Land Bremen

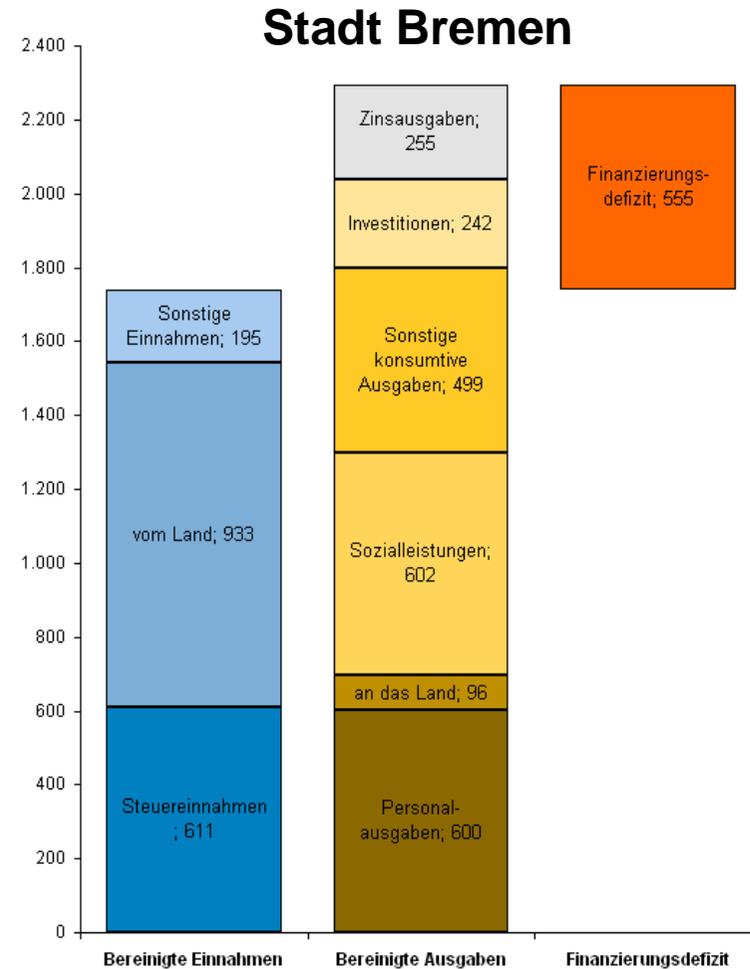
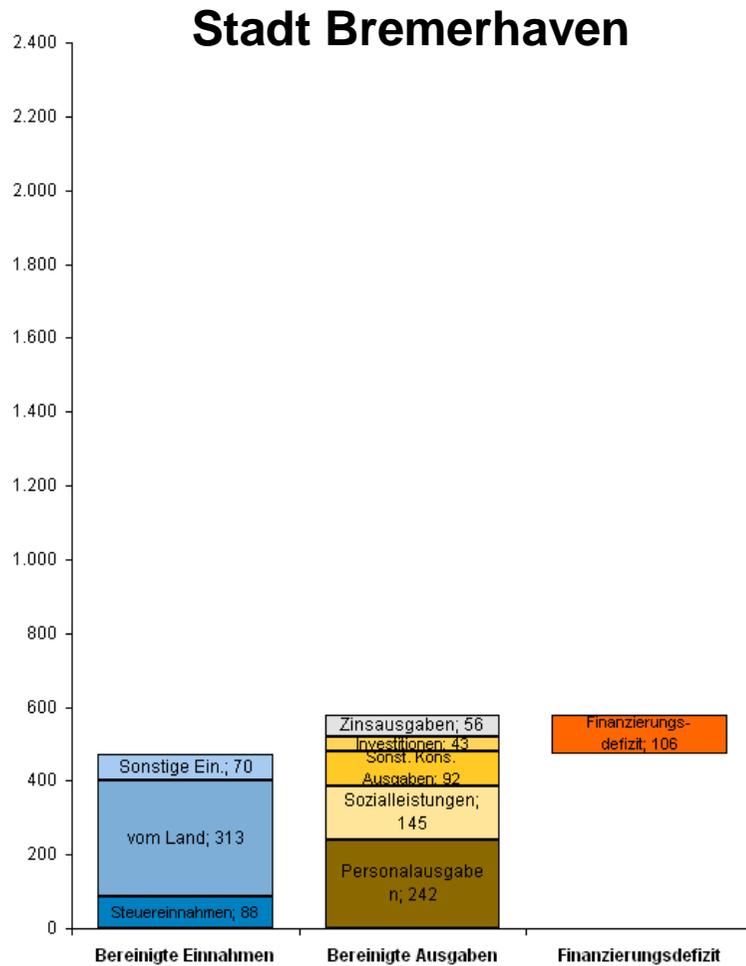


Bilanz der Bremischen Haushalte Anschlag 2011, in Mio. € *Städte Bremen und Bremerhaven*



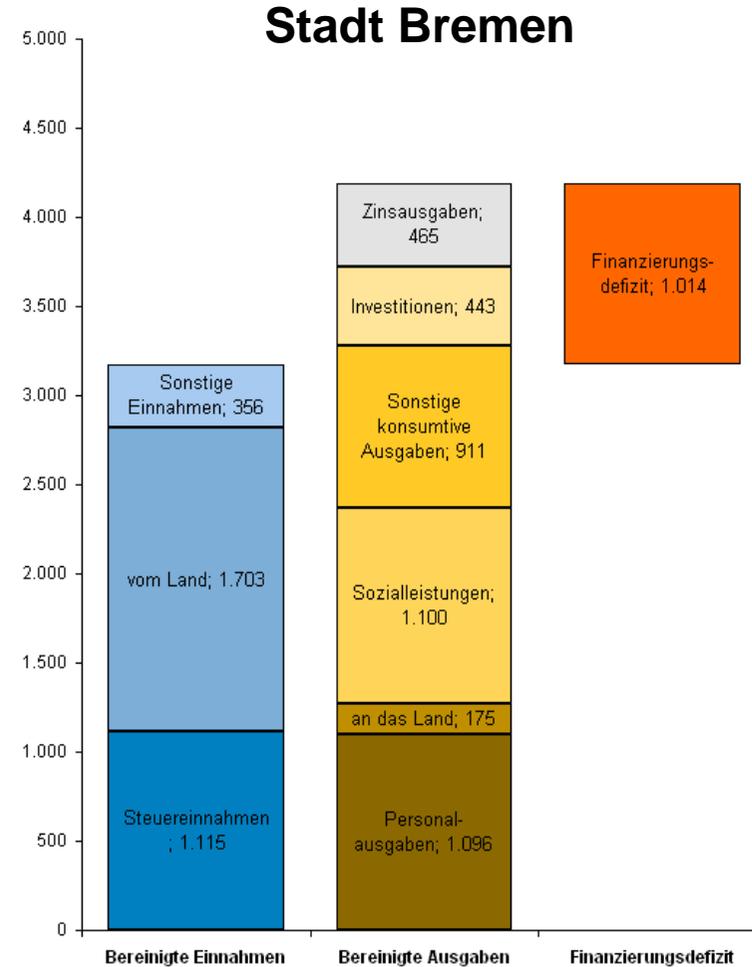
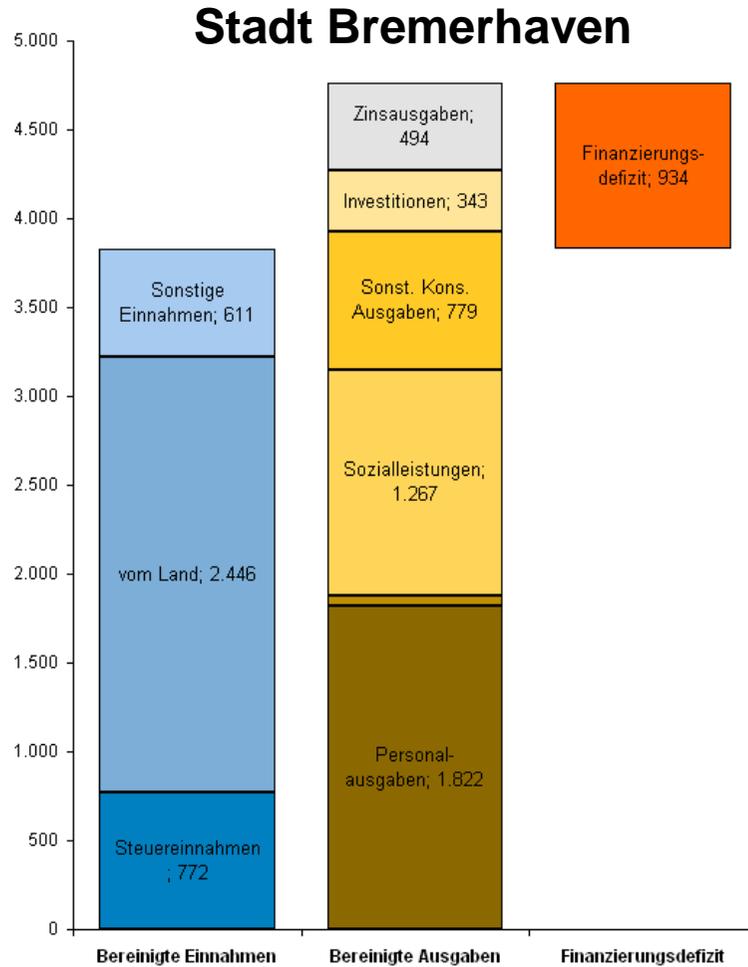
Die Senatorin für Finanzen
Bürgermeisterin Karoline Linnert

Bilanz der Bremischen Haushalte Anschlag 2011, in Mio. € -*einzel*n



Die Senatorin für Finanzen
Bürgermeisterin Karoline Linnert

Bilanz der Bremischen Haushalte Anschlag 2011, in €- je Einwohner



* ohne Zuweisungen an Brhv bzw. Ausgaben von Brhv für Personalausgaben Polizei

Die Senatorin für Finanzen
Bürgermeisterin Karoline Linnert

Gründe für die extreme Verschuldung Bremens

- aus stabiler Haushaltslage wurde expansive Beschäftigungspolitik über den öffentlichen Dienst betrieben
- trotz Zusage, Anfang der 70er Jahre keine Mitfinanzierung der Länder an der Universität Bremen
- im System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs wurde Bremen massiv benachteiligt
- Wirtschaftsstrukturkrisen der 80er Jahre mussten weitgehend allein bewältigt werden

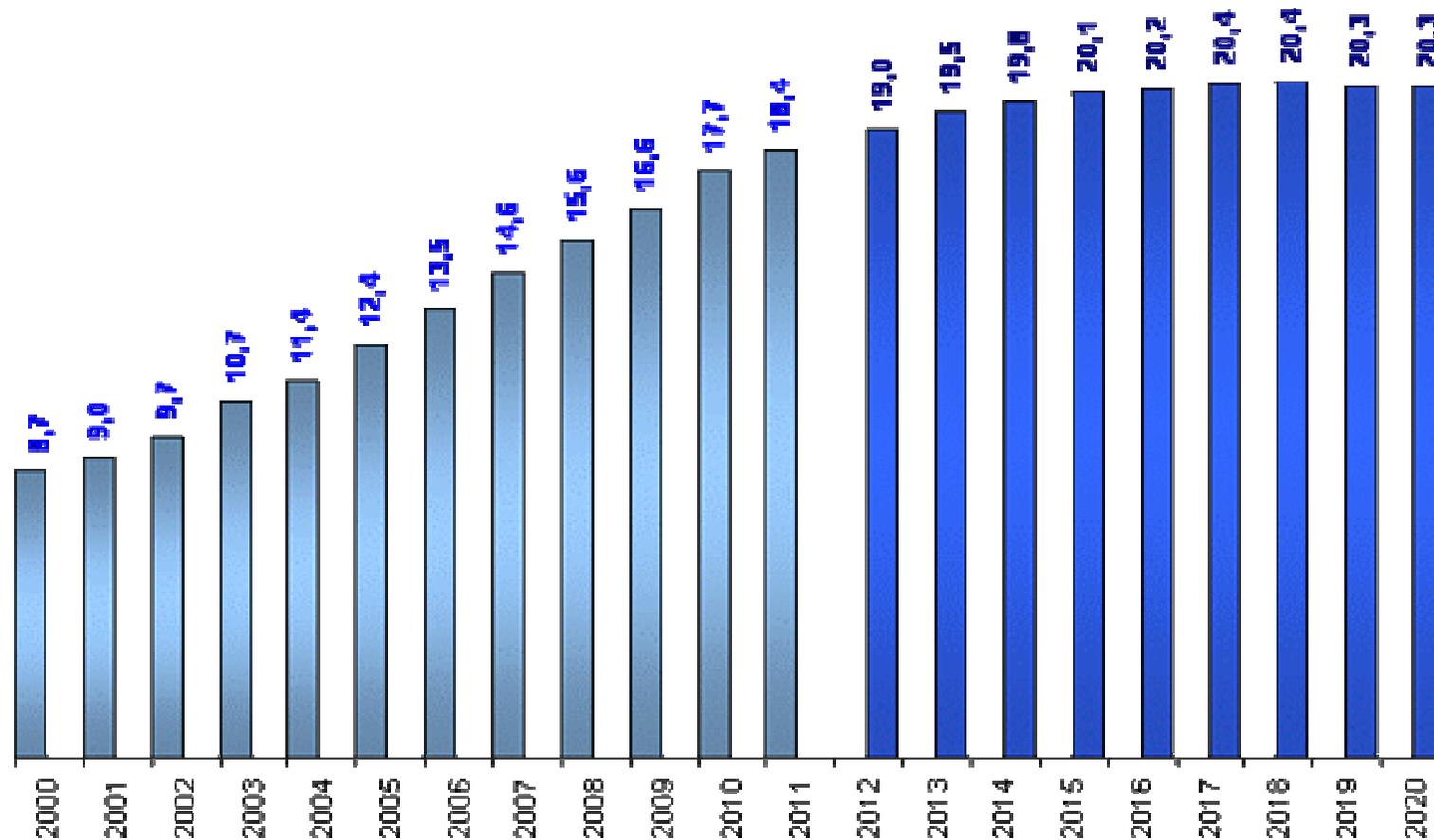
Gründe für die extreme Verschuldung Bremens

- Einnahmeausfälle und hohe Folgekosten mussten durch Neuverschuldung kompensiert werden
- Einsparungen bei den Investitionen verstärkten Einbrüche im Wirtschaftswachstum und verzögerten den Strukturwandel
- dramatische **Einwohnerverluste**, durch Umlandwanderung wirkten sich bei der Steuerverteilung und den Einwohnerzahlen im Länderfinanzausgleich in Form **massiver Einnahmeausfälle** für die bremischen Haushalte aus

Aktuelle Situation

- **Finanzausstattung Bremens** entspricht nicht dem erforderlichen Niveau für eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung der Stadtstaaten-Funktionen
- **hohe Vorleistungen für das Umland und das übrige Bundesgebiet** in Form oberzentraler Angebote und die großstadttypischen Problemlagen erfordern höhere steuerabhängige Einnahmen
- extrem hohe und überproportional steigende Schulden Bremens bewirken eine **Zins-Schulden-Spirale**, die nur schwer zu durchbrechen ist

Entwicklung des Schuldenstandes* im Stadtstaat Bremen in Mrd. €



**) Fundierte Schulden zum Jahresende; Annahme für 2017 ff.: Einhaltung der maximal zulässigen Neuverschuldung*

Konsolidierungspotenzial

- Land in extremer Haushaltsnotlage hat durch
 - starken Abbau des Personalbestandes
 - planmäßige Zurückführung der Investitionsausgaben
 - konsequente Deckelung der sonstigen, nicht durch gesetzliche Verpflichtungen geprägten konsumtiven Ausgaben

bereits erhebliche Eigenbeiträge zur Sanierung ihrer Haushalte geleistet

Konsolidierungspotenziale

- 2008: **Föderalismuskommission II** hatte eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Haushaltsanalysen“ beauftragt
 - zu ermitteln, ob für drei zu betrachtende Länder – darunter Bremen – *„unter Zugrundelegung länderübergreifender Standards tatsächlich die Unmöglichkeit eines Haushaltsausgleichs gegeben ist.“*
- **Ergebnisse konnten** unvertretbare Ausgaben und/oder Leistungsstandards **des Landes nicht belegen**

Vergleichende Gegenüberstellung

Primäreinnahmen



Zinsausgaben

Versorgungsausgaben

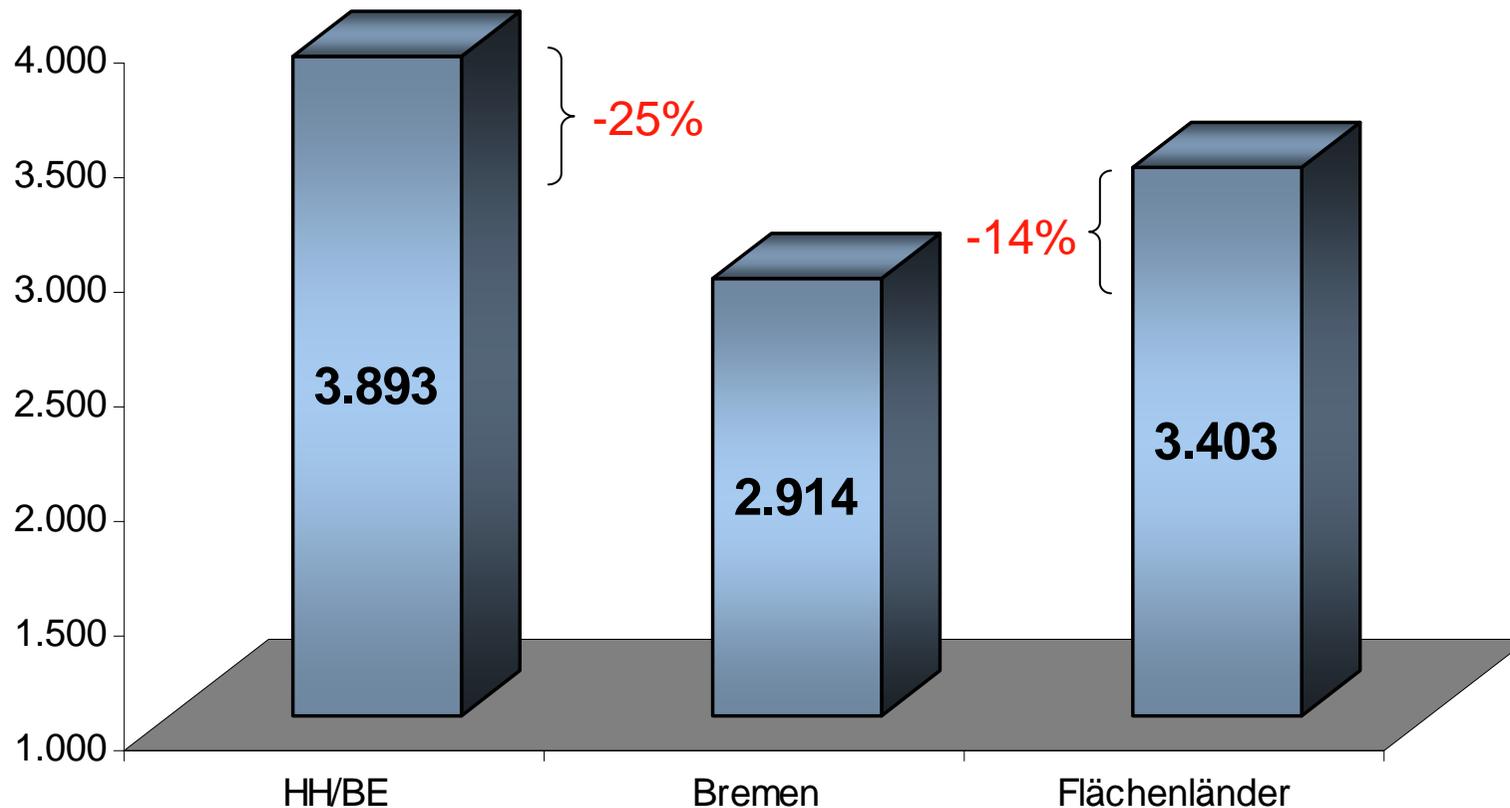
Sozialleistungen

Vergleichende Gegenüberstellung



- die für **andere Aufgabenbereiche zur Verfügung stehenden Mittel** müssten für die Stadtstaaten deutlich über den Werten der Flächenländer liegen
- für **Hamburg und Berlin** trifft dies mit einem Plus von ca. 14 % gegenüber dem Flächenländer-Durchschnitt auch zu
- **bremischen Haushalten** stehen signifikant weniger Mittel für sonstige Aufgabenbereiche zur Verfügung:
 - rd. 2.910 € pro Einwohner um **25 % unter** den Vergleichswerten der Stadtstaaten und sogar noch um **14 % unter** dem Flächenländer-Durchschnitt

Primäreinnahmen abzüglich Vorbelastungen*



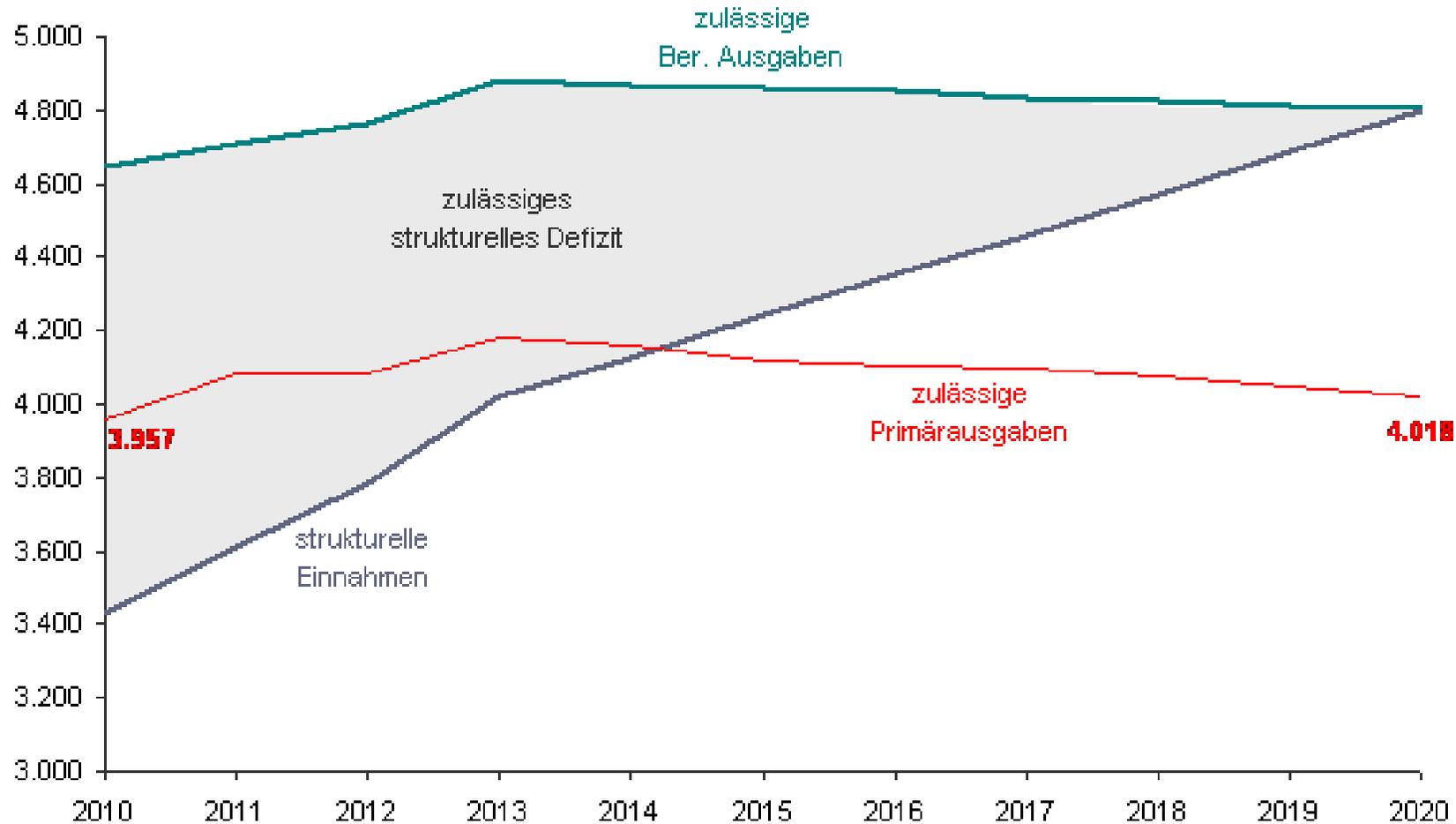
* Vorbelastungen gemäß abgestimmter Definition der AG Haushaltsanalyse: Zinsausgaben, Versorgungsausgaben, Sozialleistungen (SGB XII, KdU, Wohngeld und Bafög) sowie LFA-Ausgaben (SGB XII: Stand 2008)

Notwendige Konsolidierung der Haushalte der FHB



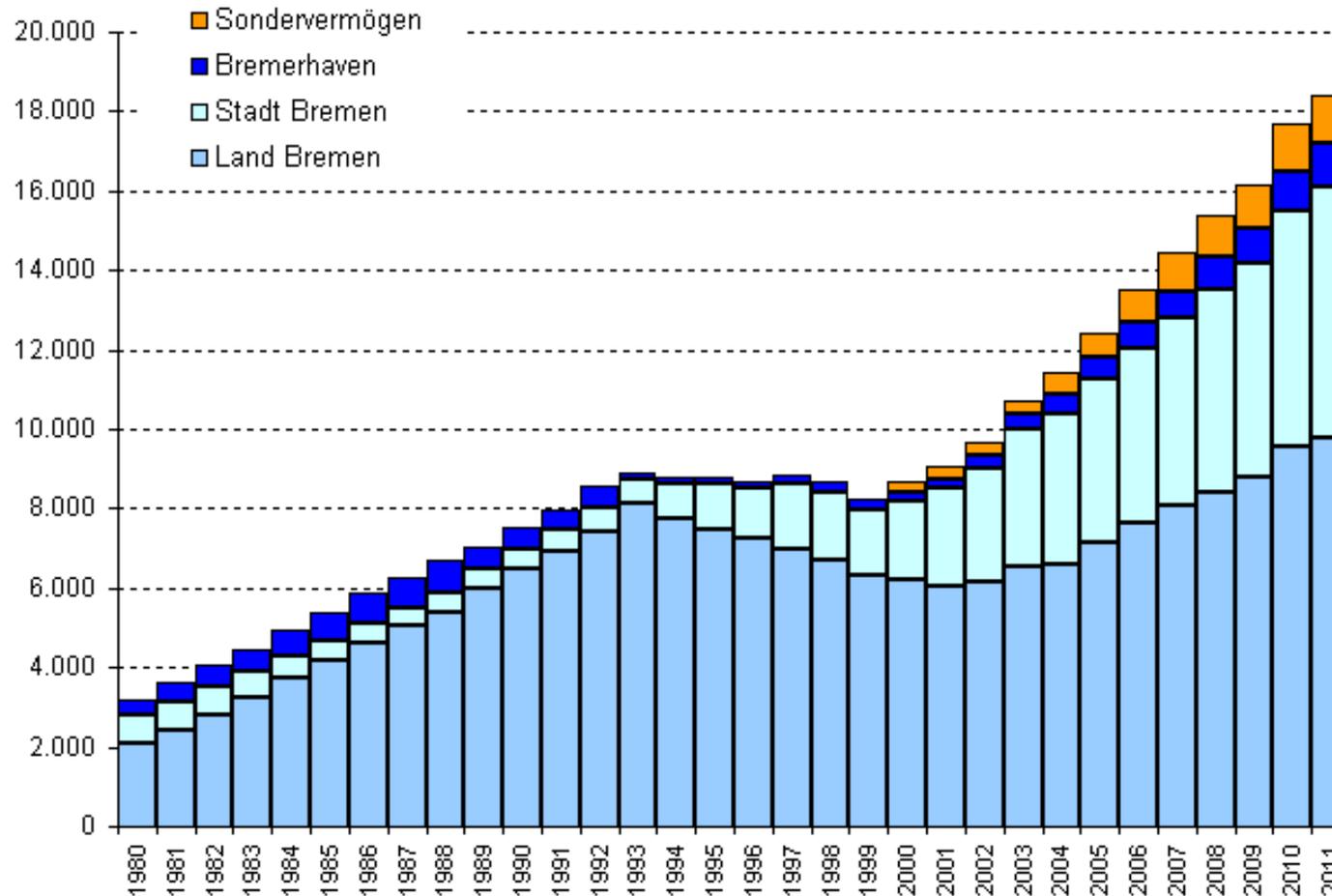
- Rd. **60 %** der beim Abbau der Neuverschuldung in den bremischen Haushalten zu schließenden Finanzierungslücke entfallen auf die **kommunalen Haushalte** der Städte Bremen und Bremerhaven
- **Neuverschuldung** ist in allen Einzelhaushalten des Landes vollständig abzubauen
- Handlungsbedarf zum **Abbau des strukturellen Defizits** im kommunalen Bereich

Haushaltsentwicklung (Stadtstaat Bremen; in Mio. €)

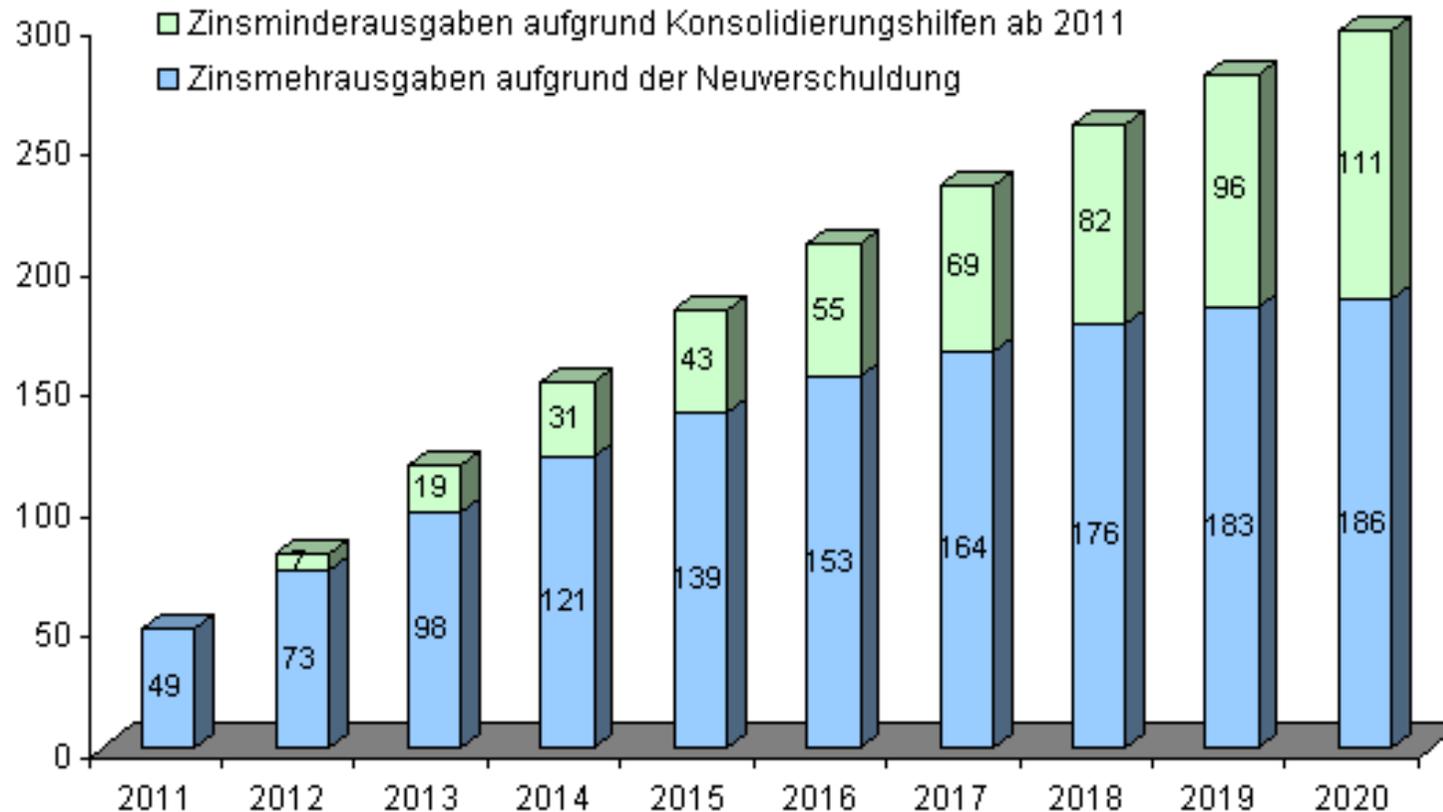


Schuldenstand

(Stadtstaat Bremen; in Mio. €)



Zinseffekte der Neuverschuldung und der Konsolidierungshilfen



Stadtstaat Bremen; Annahmen: Zinssatz: 3,7%, Neuverschuldung: ab 2017 maximal zulässige Werte

Fazit

- die **Einhaltung der Schuldengrenzen** stellt unter den notwendigen Eigenanstrengungen zur Haushaltssanierung eine große Herausforderung dar
- Mittelfrist-Zeitraum birgt die Gefahr, dass die **Mindeststandards** staatlicher Leistungen unterschritten sowie die Wettbewerbsfähigkeit und **Qualität des Standortes** beschädigt werden könnten
- bei **Einhaltung der gesetzlichen Auflagen** der Schuldenbremse und Konsolidierungshilfen, dürfen die notwendigen verfassungsgemäßen Aufgaben des Stadtstaates nicht gefährdet werden.